

Carina Schmitt

Der Staat als Unternehmer bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen – Konvergenz im internationalen Vergleich?

Zusammenfassung

Dieser Beitrag untersucht einerseits, ob sich der Staat als Unternehmer aus der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zurückgezogen hat und andererseits ob dabei Konvergenz im internationalen Vergleich festgestellt werden kann. Die empirische Konvergenzanalyse auf Grundlage eines neuen Messinstruments und Primärdaten für den Telekommunikations-, Post-, und Bahnsektor zeigt, dass sich die Entwicklung in den drei Sektoren stark unterscheidet. Zwar ist ein Rückzug des Staates aus allen drei Sektoren feststellbar. Dies führt jedoch nur im Telekommunikationssektor zu Sigma-Konvergenz. Im Postsektor hingegen nimmt die Varianz des staatlichen Unternehmertums über die Zeit signifikant zu. Ferner ziehen sich in allen drei Sektoren Staaten mit ehemals stärker ausgeprägtem öffentlichen Unternehmertum in stärkerem Maße zurück als Länder mit einem vergleichsweise niedrigen Ausgangsniveau.

Schlagerworte: Konvergenz, Staat als Unternehmer, Privatisierung, öffentliche Dienstleistungen, OECD

Abstract

Convergence of the Entrepreneurial State in the Provision of Public Utility Services? An International Comparison

This paper examines whether the state as entrepreneur has retreated from the provision of public utilities and whether there is convergence over time. The convergence analysis is based on a new measurement and a new panel data set for telecommunication, postal and railway services. It is shown that the development differs substantially across the sectors. Even though the state has retreated in all sectors, sigma-convergence is only observable in telecommunication services. In the postal sector, in contrast, the variance increased significantly over time. Furthermore the states with a higher initial level of entrepreneurial activities moved back to a greater extent than states with a relatively low starting level.

Key words: Convergence, Entrepreneurial State, Privatization, Public Utilities, OECD

1. Einleitung

Dienstleistungen in den netzbasierten Infrastrukturbereichen¹ wurden in den entwickelten Demokratien der OECD traditionellerweise vom Staat und meist durch Behörden oder öffentlich-rechtliche Unternehmen bereitgestellt. Spätestens seit Ende der 80er Jahre, so die weit verbreitete Annahme, hat jedoch ein grundlegender Wandel von Staatlichkeit eingesetzt, der zur Einführung marktähnlicher Steuerungselemente und zu einem Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten geführt hat (Obinger u.a. 2010). Davon sind nicht nur die traditionellen Industriesektoren, sondern auch öffentliche Dienstleistungen wie Post, Telekommunikation und Bahn betroffen. Üblicherweise wird angenommen, dass es dabei zu einer Konvergenz des unternehmerisch tätigen Staates kommt. Politik-

konvergenz bezeichnet „[the] tendency of policies to grow more alike, in the form of increasing similarity” (*Drezner* 2001, S. 53). Als Ursachen für den Konvergenzprozess werden meist gemeinsame Problemlagen, Imitations- und Lernprozesse, ökonomischer Systemwettbewerb oder Verregelungen auf europäischer Ebene genannt (*Holzinger/Knill* 2007; *Scharpf* 1999; *Schmidt* 1998).

Doch zieht sich der Staat tatsächlich aus der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zurück und gleichen sich die OECD-Staaten immer mehr an? Bislang wurde international vergleichend nicht systematisch untersucht, ob der seit den 1980er Jahren zu beobachtende Wandel zu einer Konvergenz der Rolle des unternehmerisch tätigen Staates bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen geführt hat.

Vor diesem Hintergrund werden in diesem Beitrag am Beispiel von drei klassischen netzbasierten Infrastrukturbereichen – Telekommunikation, Post und Eisenbahnwesen – die folgenden Fragen untersucht: Erstens, wie hat sich die Rolle des Staates als Unternehmer in den letzten 30 Jahren entwickelt? Zweitens, ist ein Konvergenztrend feststellbar? Und wenn ja, handelt es sich dabei tatsächlich um einen Rückzug?

Die Analyse von Konvergenzprozessen kann mit den in der Literatur vorhandenen Indikatoren (beispielsweise Privatisierungserlöse), die lediglich Veränderungen jedoch nicht den Bestand staatlichen Unternehmertums erfassen, nicht durchgeführt werden. Es wird daher ein neues Messinstrument vorgestellt, mit dem das Ausmaß staatlichen Unternehmertums abgebildet werden kann und das erstmals eine umfassende empirische Konvergenzanalyse ermöglicht. Auf dieser Basis wurde ein Paneldatensatz erstellt, der das öffentliche Unternehmertum im Telekommunikations-, Post- und Bahnsektor für 21 OECD-Staaten im Zeitraum von 1980 bis 2007 erfasst. Für die Analyse des Konvergenzprozesses wird einerseits auf Verteilungs- und Streuungsparameter zurückgegriffen (= Sigma-Konvergenz). Da dies jedoch für eine umfassende Konvergenzanalyse nicht ausreicht, werden andererseits dynamische Panelmodelle geschätzt, mit denen absolute und konditionale Beta-Konvergenz überprüft werden kann.

Der Beitrag ist dabei wie folgt aufgebaut. Zunächst wird das Konvergenzkonzept erläutert sowie ein Privatisierungskonzept präsentiert, mit dem der Rückzug des Staates erfasst werden kann (Kapitel 2). Im Anschluss daran wird auf dieser Grundlage das neue Messinstrument und der neue Datensatz vorgestellt (Kapitel 3). In Kapitel 4 folgt die empirische Konvergenzanalyse. Kapitel 5 fasst die zentralen Ergebnisse des Artikels zusammen.

2. Konzepte: Konvergenz und Rückzug des Staates

Politikkonvergenz bezeichnet die wachsende Ähnlichkeit von Politikergebnissen über die Zeit. In der Literatur werden verschiedene Arten von Konvergenz unterschieden (*Heichel/Pape/Sommerer* 2005). Die wichtigsten Formen sind dabei Beta-Konvergenz und Sigma-Konvergenz (*Barro/Sala-i-Martin* 1992; *Holzinger/Knill* 2005). Sigma-Konvergenz bezeichnet die abnehmende Streuung der betrachteten Politik über die Zeit. Beta-Konvergenz hingegen bezieht sich auf den inversen Zusammenhang zwischen Startwert und Veränderung im Zeitverlauf. In der Ökonomie verweist Beta-Konvergenz auf einen „catch-up-Prozess“. Die Länder mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen wachsen im Vergleich zu reichen Ökonomien stärker, wobei sich alle Länder einem Gleichgewichtszustand (dem „steady state“) annähern (*Barro/Sala-i-Martin* 1995). Eine weitere

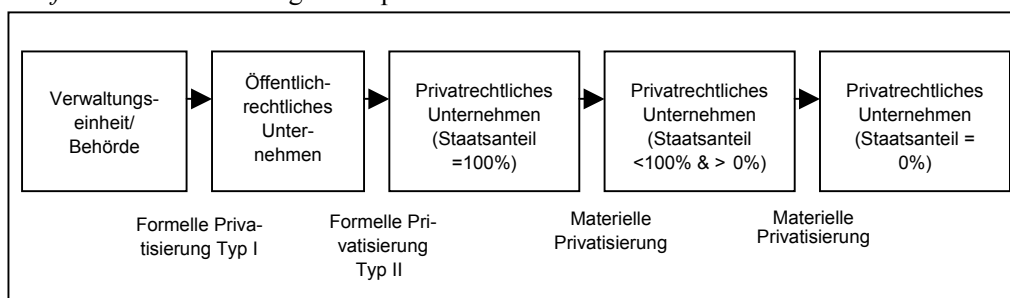
wichtige Unterscheidung kann zwischen absoluter und konditionaler Konvergenz getroffen werden (*Barro* 1991; *Barro/Sala-i-Martin* 1992; *Plümper/Schneider* 2009). Absolute Konvergenz liegt dann vor, wenn alleine das Startniveau für die Länderunterschiede verantwortlich ist. Von konditionaler Konvergenz hingegen spricht man, wenn der Konvergenzprozess darüber hinaus von strukturellen Faktoren bestimmt wird. Je nach Ausprägung dieser strukturellen Faktoren ist ein anderer Gleichgewichtszustand zu erwarten. Sigma-Konvergenz zielt damit auf die Homogenität der Gruppe, während sich Beta-Konvergenz auf die Relationen der Länder innerhalb einer Gruppe bezieht. Während Sigma-Konvergenz notwendigerweise auch Beta-Konvergenz impliziert, ist Beta-Konvergenz keine hinreichende Bedingung für Sigma-Konvergenz. Die Varianz kann sogar zunehmen, wenn Nachzüglerstaaten die Vorreiter überholen.

Um Aussagen über Rückzug oder Konvergenz treffen zu können, muss zunächst festgelegt werden, welche Formen staatlichen Unternehmertums in den netzbasierten Infrastrukturbereichen vorliegen und wie ein Rückzug des Staates erfasst werden kann.

Der Rückzug des Staates findet in den netzbasierten Infrastrukturbereichen insbesondere in Form von formeller und materieller Privatisierung statt. Formelle Privatisierung bezeichnet die Umwandlung unternehmerischer Organisationsformen hin zu im Privatssektor üblichen Unternehmensformen. Es können zwei Typen formeller Privatisierung identifiziert werden. Einerseits kann eine ursprünglich unselbständige Verwaltungseinheit in ein spezialrechtliches oder öffentlich-rechtliches, selbständiges Unternehmen umgewandelt werden. Öffentlich-rechtliche Unternehmen sind im Gegensatz zu Verwaltungseinheiten mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit ausgestattet. Diese Transformation ist ein erster Schritt in Richtung marktorientierter Organisationsformen (*Boes* 1986, 1987; *Mühlenkamp* 2001; *Topsch* 2002). Andererseits kann ein spezialrechtliches oder öffentlich-rechtliches in ein privatrechtliches Unternehmen (z.B. Aktiengesellschaft) umgewandelt werden.² Im Gegensatz zu öffentlich-rechtlichen Unternehmen, die in erster Linie dem Gemeinwohl verpflichtet sind, sind Unternehmen des Privatrechts nur noch dem Unternehmenswohl verantwortlich und unterliegen zudem einer harten Budgetrestriktion. An den Eigentumsverhältnissen ändert sich durch diese Organisationsumwandlung zunächst jedoch nichts (*Boes* 1986; *Topsch* 2002). Nach einer formellen Privatisierung ist der Weg schließlich frei für die materielle Privatisierung, d.h. die partielle oder vollständige Veräußerung von öffentlichen Unternehmen an private Wirtschaftssubjekte.

Grafik 1 fasst das Privatisierungskonzept und damit die Konzeptionalisierung des Rückzugs des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten zusammen.

Grafik 1: Privatisierungskonzept



Aufbauend auf diesem Privatisierungskonzept wird im folgenden Kapitel ein Messinstrument vorgestellt, das die Erfassung des Rückzugs des Staates im Bereich der netzbasierten öffentlichen Dienstleistungen ermöglicht.

3. Rückzug des Staates – Messinstrument und Datensatz

Die Literatur konzentrierte sich bislang auf die Analyse von Ursachen (*Belke u.a.* 2007; *Bortolotti/Siniscalco* 2004; *Schneider/Fink/Tenbücken* 2005; *Schneider/Häge* 2008; *Zohlnhöfer/Obinger* 2006) und Folgen (*Bortolotti u.a.* 2002; *Boubakri/Cosset* 1998; *D'Souza/Meggison/Nash* 2005) materieller Privatisierungserlöse. Dies ist jedoch aus mehreren Gründen für eine Konvergenzanalyse ungeeignet. Erstens ist mit materiellen Privatisierungsindikatoren keine Bestandsaufnahme öffentlichen Unternehmertums möglich. Privatisierungsindikatoren bilden generell nur Veränderungen ab, jedoch nicht Ausgangs- und Endpunkt, die für eine Konvergenzanalyse unabdingbar sind. Zweitens können mit Privatisierungsindikatoren keine gegenläufigen Bewegungen, also Nationalisierungen, erfasst werden. Es lassen sich damit also weder Aussagen darüber treffen, ob sich der Staat aus der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zurückzieht oder ob sich die Staaten bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen annähern. Eine weitere zentrale Schwachstelle besteht, drittens, darin, dass mit bislang verwendeten Indikatoren lediglich die materielle Dimension von Privatisierung betrachtet wurde und die für die netzbasierten Infrastrukturbereiche besonders relevante formelle Privatisierungsdimension unberücksichtigt blieb. Wie später gezeigt wird, werden damit Veränderungen im Bahn- und Postsektor nicht abgebildet, da die Unternehmen in diesen Sektoren in den letzten Jahrzehnten in erster Linie formell privatisiert wurden. Neben den genannten quantitativen Arbeiten liegen weitere qualitative oder rein beschreibende Arbeiten zur Entwicklung der Rolle des Staates im Bereich öffentlicher Dienstleistungen vor, die jedoch nicht explizit auf die Konvergenz in diesen Sektoren fokussieren (*Bartle* 2002; *PIQUE* 2009).

Angesichts der genannten Defizite wurde mit dem „Index staatlichen Unternehmertums“ ein neues Messinstrument entwickelt. Dieser Index erfasst den Bestand staatlichen Unternehmertums und bildet sowohl formelle als auch materielle Privatisierungsschritte ab. Ferner wird der internationale Vergleich staatlichen Unternehmertums im Zeitverlauf ermöglicht (*Schmitt/Schuster* 2010; *Traub u.a.* 2009).

Der „Index staatlichen Unternehmertums“ wurde wie folgt berechnet:

$$(1) \quad I = X^{VE} + \alpha \cdot X^{\text{ÖU}} + \beta \cdot \sum_{i \in SC_j} X_i^{AG} \cdot s_i^{AG}$$

X^{VE}	1=Verwaltungseinheit; 0=andere Unternehmensform
$X^{\text{ÖU}}$	1=öffentlich-rechtliches Unternehmen; 0=andere Unternehmensform
X_i^{AG}	1=Aktiengesellschaft; 0=andere Unternehmensform
α	Gewicht für formelle Privatisierung Typ I
β	Gewicht für formelle Privatisierung des Typs II
s_i^{AG}	Staatsanteile am Unternehmen

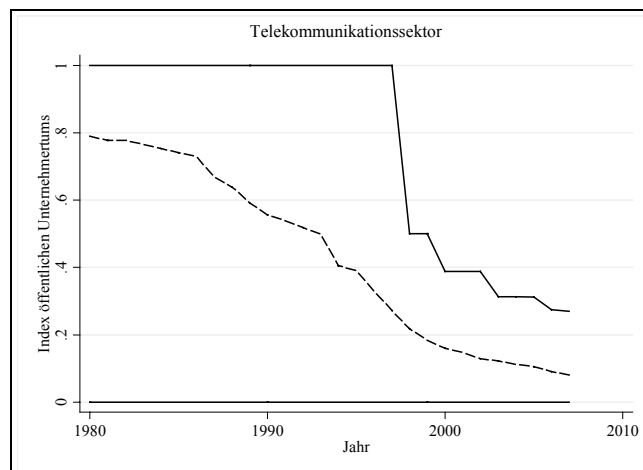
Der Index identifiziert auf Jahresbasis zunächst die Organisationsform (Verwaltungseinheit, öffentlich-rechtliches Unternehmen, Aktiengesellschaft) und die direkt vom Staat

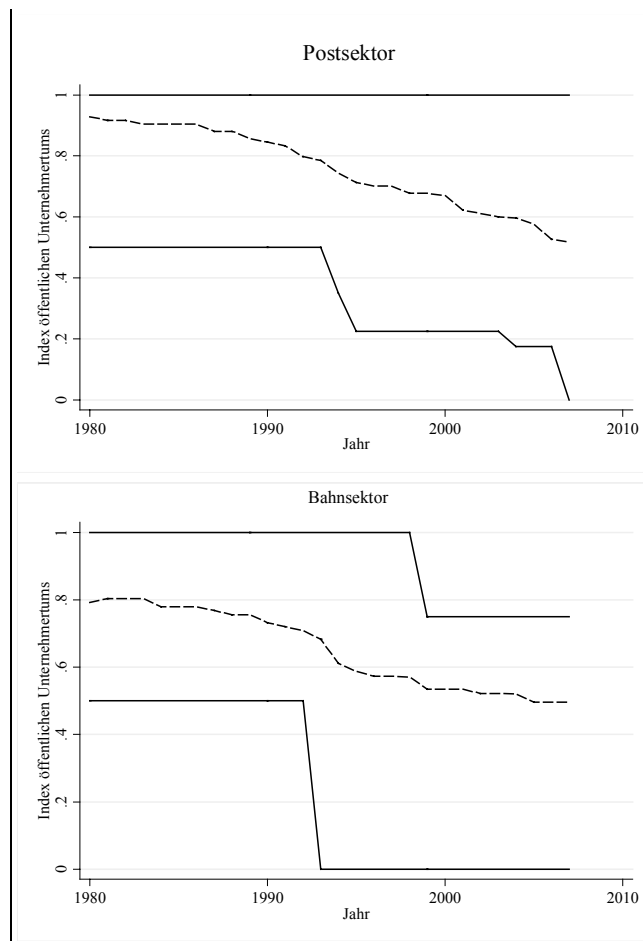
gehaltenen Anteile am Unternehmen (S) und umfasst einen Wertebereich von 0 bis 1. Die unterschiedlichen Organisationsformen werden je nach Unabhängigkeit vom politischen Machtzentrum unterschiedlich gewichtet (Ebinger/Schmitt 2010; Schwanke/Ebinger 2006). Stellt eine Behörde alle Güter und Dienstleistungen eines Sektors bereit, dann nimmt der Index den Maximalwert von 1 an und indiziert damit die größtmögliche Ausprägung des unternehmerisch tätigen Staates in diesem Sektor (in diesem Fall sind X^{OU} und X^{AG} gleich 0). Wird die Verwaltungseinheit in ein öffentlich-rechtliches Unternehmen umgewandelt, dann ist $X^{OU}=1$ und wird mit α gewichtet (hier sind X^{VE} und X^{AG} gleich 0). α muss dabei kleiner 1 sein, um den Rückzug des Staates abzubilden, der durch die stärkere Handlungsautonomie des Unternehmens gegenüber politischen Akteuren entstanden ist. Wird das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, dann wird $X^{AG} = 1$ und mit β gewichtet. Auch hier bildet $\beta < \alpha$ ab, dass die Eingriffsmöglichkeiten des Staates als Anteilseigner einer Aktiengesellschaft geringer sind als noch beim öffentlich-rechtlichen Unternehmen. Werden zusätzlich noch Staatsanteile am Unternehmen verkauft, dann sinkt der Indexwert weiter. So führt beispielsweise eine Veräußerung von 49% der Aktien zu einer Gewichtung von $.51 * \beta$, da 51% der Anteile beim Staat verbleiben. Wird ein Unternehmen vollständig materiell privatisiert, nimmt der Index schließlich den Wert 0 an.³

Auf Grundlage dieses Messinstruments wurde ein neuer Datensatz erstellt, der Informationen aller (ehemals) staatlichen Unternehmen im Post- Telekommunikation- und Bahnsektor enthält. Für die Erstellung des Datensatzes wurden gezielt Unternehmensinformationen von den zuständigen Ministerien und den Unternehmen abgefragt, sowie Geschäftsberichte, Firmendatenbanken systematisch ausgewertet. Der Datensatz umfasst 21 OECD-Länder⁴ im Zeitraum von 1980 bis 2007.

Grafik 2 veranschaulicht die Entwicklung des unternehmerisch tätigen Staates in den drei untersuchten Sektoren. Dabei stellen die durchgezogenen Linien jeweils Maximal- und Minimalwert eines Jahres dar, während die gestrichelte Linie den Mittelwert wiedergibt.

Grafik 2: Öffentliches Unternehmertum 1980-2007





Die grafische Darstellung der Entwicklung des öffentlichen Unternehmertums macht deutlich, dass sich die drei Sektoren in den letzten drei Jahrzehnten sehr unterschiedlich entwickelt haben. So zeichnet sich der Telekommunikationssektor durch einen klaren Abwärtstrend aus, der alle 21 OECD-Länder erfasst hat. Insbesondere seit den 1990er Jahren zieht sich der Staat hier sowohl durch formelle als auch materielle Privatisierungsmaßnahmen aus der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zurück. Der Trend geht hier eindeutig zu einem vollständigen Rückzug des unternehmerisch tätigen Staates.⁵

Im Gegensatz dazu hat sich der Postsektor sehr heterogen entwickelt. Zu Beginn des Untersuchungszeitraums befanden sich die nationalen Postunternehmen in allen 21 Ländern in staatlicher Hand und waren in den meisten Ländern in die Verwaltung eingegliedert. 2007 hingegen sind im Postsektor sämtliche Formen staatlichen Unternehmertums vorzufinden. In manchen Ländern ist das Postunternehmen immer noch in die Verwaltung eingegliedert (USA) oder wurde nur formell privatisiert, das heißt in eine Aktiengesellschaft umgewandelt (Finnland). In anderen Ländern wurde bereits mit dem materiellen Privatisierungsprozess begonnen (Österreich) oder das Unternehmen vollständig verkauft (Niederlande). Interessanterweise haben lediglich Mitgliedsländer der Europäischen Union den materiellen Privatisierungsprozess eingeleitet. Die Entwicklung des Sample-

Mittelwerts indiziert wie im Telekommunikationssektor einen Rückzug des Staates, wenn auch in deutlich geringerem Ausmaß.

Im Eisenbahnsektor waren die meisten nationalen Bahnbetreiber zu Beginn des Untersuchungszeitraums vollständig in staatlicher Hand. Daran hat sich im Zeitverlauf wenig geändert. Lediglich das Vereinigte Königreich und Neuseeland haben ihre Bahnbetreiber Anfang der 90er Jahre veräußert. Der Bahnsektor ist in erster Linie von formellen Privatisierungsmaßnahmen betroffen. Im Gegensatz zum Postsektor waren es hier, mit Ausnahme von Großbritannien, lediglich außereuropäische Staaten, die Staatsanteile veräußerten.

4. Konvergenz

Sigma-Konvergenz

Zur Überprüfung von Konvergenz werden in einem ersten Schritt Verteilungs- und Streuungsmaße betrachtet, bevor in einem zweiten Schritt Fehlerkorrekturmodelle zum Vorliegen von Beta-Konvergenz geschätzt werden. Tabelle 1 fasst die Verteilungs- und Streuungsmaße zu vier verschiedenen Zeitpunkten in den drei Sektoren zusammen.⁶

Tabelle 1: Telekommunikations-, Post und Bahnsektor im Vergleich

	1980	1990	2000	2007
Telekommunikationssektor				
Mittel	0,789	0,556	0,160	0,080
Minimum	0	0	0	0
Maximum	1	1	0,389	0,27
Standardabweichung	0,288	0,320	0,147	0,099
Postsektor				
Mittel	0,929	0,845	0,671	0,517
Minimum	0,5	0,5	0,225	0
Maximum	1	1	1	1
Standardabweichung	0,140	0,185	0,207	0,240
Bahnsektor				
Mittel	0,792	0,752	0,534	0,496
Minimum	0,5	0,5	0	0
Maximum	1	1	0,75	0,75
Standardabweichung	0,207	0,203	0,225	0,209

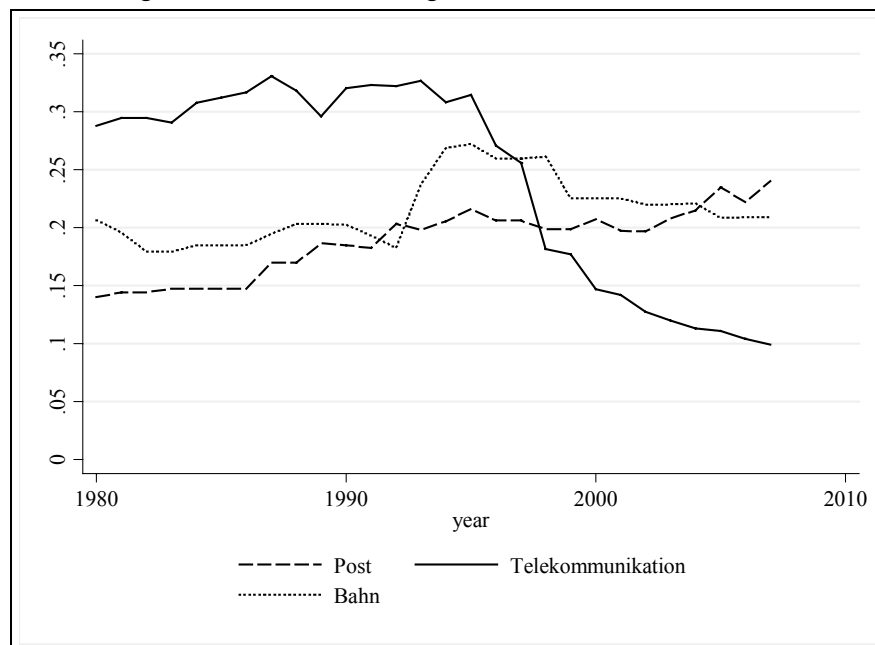
Auch hier treten die Sektorunterschiede klar in Erscheinung. Während Bahn- und Telekommunikationssektor noch 1980 im Mittel einen ähnlichen Wert aufwiesen, liegt der Mittelwert im Telekomsektor 2007 nur noch bei 0,08 im Vergleich zu einem Wert von ca. 0,5 im Bahnsektor. Dies deutet darauf hin, dass sich der Rückzug des Staates im Eisenbahnwesen in erster Linie auf formelle Privatisierungsmaßnahmen beschränkt, während sich der Staat aus dem Telekommunikationsbereich fast vollständig zurückgezogen hat. Der Postsektor hingegen startete 1980 mit 0,929 von einem sehr hohen Niveau. Fast in allen Ländern wurden Postdienstleistungen durch Verwaltungseinheiten erbracht. Derzeit liegt der Mittelwert immer noch bei 0,517 und damit knapp über der Grenze zur materiellen Privatisierung.

Auch die Entwicklung der Standardabweichung⁷ (SD) weist deutliche Unterschiede auf. Im Telekommunikationssektor war die SD 1980 mit 0,288 am höchsten und hat sich

im Laufe der Zeit bis zu einem Wert 0,099 im Jahr 2007 stark verringert. Der Maximalwert liegt derzeit nur noch bei 0,27. 1980 lag der Wertebereich noch zwischen 0 und 1. Im Postsektor ist die Entwicklung exakt gegenläufig. Wie schon in Grafik 2 zu erkennen war, nahm hier die Streuung über die Zeit zu. Zu Beginn des Untersuchungszeitraums waren in allen Ländern die Postunternehmen in staatlicher Hand (Minimum=0,5 und Maximum=1). Im Jahre 2007 hat sich die Spannweite extrem erhöht mit einem Minimalwert von 0 und einem Maximum bei 1. Die Varianz im Bahnsektor ist hingegen relativ stabil geblieben. Allerdings ist sowohl im Bahn- und Postsektor ein Abwärtstrend feststellbar, sodass sich der Staat als Unternehmer tendenziell aus der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zurückzieht.

Grafik 3 zeigt die Entwicklung der Standardabweichung über die Zeit:

Grafik 3: Entwicklung der Standardabweichung von 1980 bis 2007



Auch statistische Tests stützen die visuellen Befunde. Sowohl ein klassischer F-Test als auch der Levene-Test auf Varianzungleichheit bestätigen, dass die Varianz im Postsektor signifikant zu- und im Telekommunikationssektor signifikant abgenommen hat. Im Bahnsektor kann entsprechend der visuellen Analyse keine signifikante Abnahme oder Zunahme festgestellt werden.

Zusammenfassend lässt sich im Hinblick auf Sigma-Konvergenz Folgendes festhalten: Lediglich im Telekommunikationssektor ist ein deutlicher „race to the bottom“ festzustellen (Abnahme der Streuung bei gleichzeitig sinkendem Mittelwert). Im Postsektor nahm hingegen die Streuung signifikant zu. Dies ist insofern überraschend, als in vielen Ländern beide Sektoren zu Beginn der Untersuchungsperiode im Verbund geregelt waren. Im Bahnbereich hingegen ist weder ein deutlicher Konvergenz- noch Divergenzprozess erkennbar. In allen drei Sektoren und allen voran im Telekommunikationsbereich zieht sich der Staat aus der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zurück.

Beta-Konvergenz

Zur Überprüfung von Beta-Konvergenz wird zusätzlich auf die Anwendung von Schätzverfahren zurückgegriffen (*Plümper/Schneider* 2009). Dies hat den Vorteil, dass für konditionierende Variablen kontrolliert werden kann. Ferner kann der ausschließliche Fokus auf statistische Streuungsmaße bei systematischen Messfehlern zu Fehlinterpretationen führen (*Holzinger* 2006; *Plümper/Schneider* 2009). Um Beta-Konvergenz zu testen, wurden dynamische Panelmodelle geschätzt (Error Correction Models; im Folgenden ECM). ECMs wurden ursprünglich für die Analyse nicht-stationärer Daten und für kointegrierte Zeitreihen verwendet. *De Boef* and *Keele* (2008) konnten jedoch zeigen, dass Fehlerkorrekturmodelle auch für stationäre Daten verwendet werden können. Aufgrund der Annahme der Existenz eines langfristigen Gleichgewichtszustandes sind ECM besonders gut für eine Konvergenzanalyse geeignet (*De Boef/Keele* 2008).⁸

Zur Überprüfung von Beta-Konvergenz wird das Vorjahresniveau öffentlichen Unternehmertums ($STAAT_{t-1}$) als zentrale unabhängige Größe mit in die Analyse einbezogen. Darüber hinaus wird für eine Reihe von Faktoren kontrolliert, von denen anzunehmen ist, dass sie den Konvergenzprozess konditionieren. Da Privatisierung als Instrument zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden kann, sollte ein hohes Defizit in Relation zum BIP die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen antreiben (*DEFIZIT*) (*Bortolotti/Fantini/Siniscalco* 2003). Weiter dürften Linksregierungen Privatisierungen eher skeptisch gegenüber stehen. Deshalb ist zu vermuten, dass ein hoher Kabinettsitzanteil von linken Parteien mit einem moderaten Rückzug des Staates einhergeht (*LEFT*) (*Belke u.a.* 2007; *Boix* 1997; *Zohlnhöfer/Obinger/Wolf* 2008). Das Ausmaß ökonomischer Integration wird durch die Summe der Exporte und Importe relativ zum BIP abgebildet (*HANDEL*). In Anlehnung an die Effizienzhypothese sollte eine große Außenhandelsöffnung dazu führen, dass der Privatisierungsprozess beschleunigt wird. Das BIP sowie das Wirtschaftswachstum geben Auskunft über die ökonomische Situation eines Landes. Aufgrund des niedrigen sozioökonomischen Problemdrucks sollte ein hohes Wirtschaftswachstum (*WACHSTUM*) sowie ein BIP pro Kopf (*BIP*) nicht zu einem starken Rückzug des Staates führen (*Bortolotti u.a.* 2003). Da durch den europäischen Integrationsprozess die Liberalisierung der netzbasierten Infrastrukturbereiche seit den 1990er Jahren in den Mitgliedsländern massiv forciert wurde, wird zusätzlich eine Dummy Variable für EU-Mitgliedschaft eingeführt (*Clifton/Comín/Díaz Fuentes* 2006; *Höpner u.a.* 2009; *Schmidt* 1998; *Schneider/Häge* 2008). Darüber hinaus beeinflusst das institutionelle Arrangement den Handlungsspielraum für die Regierungen, Privatisierung durchzuführen (*INSTITUTION*). Vetopunkte sollten aufgrund ihrer machtdispersiven Wirkung die für Privatisierung notwendigen Reformschritte erschweren (*Immergut* 1992). Eine detaillierte Beschreibung der Operationalisierung aller Variablen findet sich im Anhang in Tabelle A2.

Die Analyse von Paneldaten ist üblicherweise mit einer Reihe von Problemen behaftet. Der Wooldridge-Test für Autokorrelation (*Wooldridge* 2002) indiziert keine serielle Korrelation der Residuen. Aufgrund niedriger Vif-Werte (< 2.5) sowie Korrelationen liegen keine Multikollinearitätsprobleme vor. Ferner weist der augmented Fully Dicker Test auf stationäre Daten hin. Die Modelle werden mit panelkorrigierten Standardfehlern geschätzt, da Panelheteroskedastizität vorliegt.

Tabelle 2: Konvergenzanalyse (Error Correction Models)

	Telekom	Post	Bahn
$STAAT_{t-1}$	-,054*** (,012)	-,059*** (,016)	-,052*** (,014)
HANDEL	,0002 (,0001)	-,0001 (,0001)	,0002 (,0001)
Δ HANDEL	-,0008 (,0008)	-,0008 (,0007)	-,0003 (,0007)
DEFIZIT	,0002 (,0003)	,0004 (,0002)	,0003 (,0003)
Δ DEFIZIT	-,001 (,003)	-,002 (,001)	-,0006 (,002)
BIP pro Kopf	-1,26e-06 (5,75e-07)*	-1,19e-06** (4,31e-07)	-1,01e-06* (4,51e-07)
WACHSTUM	-,002 (,002)	,002 (,002)	-,002 (,002)
EU	-,018* (,008)	-,014* (,007)	,006 (,006)
INSTITUTION	,001 (,003)	,002 (,002)	,003 (,002)
Δ INSTITUTION	,010 (,018)	,016 (,015)	-,008 (,006)
LINKS	,0001 (,0001)	-2,91e-05 (7,63e-05)	5,44e-05 (7,74e-05)
Δ LINKS	-,0001 (,0001)	-2,46e-06 (,0001)	8,18e-05 (,0001)
F	2,24**	1,93*	1,71
N	566	566	566

Abhängige Variable: Δ StaatAnmerkung: Panelkorrigierte Standardfehler in Klammern *** $z < 0.001$, ** $z < 0.01$, * $z < 0.05$

Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass in allen drei Sektoren Beta-Konvergenz vorliegt. Der Regressionskoeffizient des Vorjahresniveaus staatlichen Unternehmertums ($STAAT_{t-1}$) ist in allen Modellen negativ und auf dem 0,1%-Niveau signifikant. Staaten mit ausgeprägtem staatlichem Unternehmertum ziehen sich stärker aus der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zurück als Staaten mit einem niedrigen Ausgangsniveau. Da im Postsektor zwar Beta-Konvergenz aber nicht Sigma-Konvergenz vorliegt, haben in diesem Sektor die ehemaligen Nachzüglerstaaten die einstigen Vorreiter überholt. Im Hinblick auf die Kontrollvariablen ist lediglich die EU-Mitgliedschaft sowie das BIP pro Kopf signifikant. In EU Mitgliedstaaten wird tendenziell stärker privatisiert als in den Nicht-Mitgliedsstaaten. Die im Zuge der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes verabschiedeten EU-Direktiven zur Liberalisierung der Märkte und Einführung marktähnlicher Steuerungselemente in den Unternehmen haben den Rückzug des Staates beschleunigt. Darüber hinaus ist ein hohes ökonomisches Entwicklungsniveau mit einem starken Rückzug verbunden. Es erstaunt jedoch, dass die meisten in der Literatur diskutierten ökonomischen und politischen Variablen eine relativ geringe oder gar keine Erklärungskraft aufweisen. Eine mögliche Ursache könnte sein, dass bislang verwendete Indikatoren wie Privatisierungserlöse nicht nur Regierungsentscheidungen messen, sondern von mehreren insbesondere ökonomischen Faktoren wie beispielsweise der Kapitalmarktentwicklung beeinflusst werden.

Insgesamt sind folgende Ergebnisse festzuhalten: Erstens unterscheidet sich die Entwicklung des unternehmerisch tätigen Staates in den drei Sektoren erheblich. Während im Telekommunikationssektor signifikante Sigma-Konvergenz festgestellt werden konnte,

ist die Entwicklung im Postsektor durch Divergenz gekennzeichnet. Der Bahnsektor weist weder einen deutlichen Divergenz- oder Konvergenztrend auf. Zweitens zieht sich der Staat in allen drei Sektoren tendenziell aus der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zurück. Drittens ziehen sich insbesondere die Staaten als Unternehmer zurück, die einen hohen Ausgangswert aufwiesen (Beta-Konvergenz). Vorreiter werden von Nachzüglern eingeholt und im Postsektor sogar überholt.

5. Schlussfolgerungen

In diesem Beitrag wurde untersucht, inwieweit sich der Staat aus der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zurückgezogen hat und ob dabei eine Konvergenz im internationalen Vergleich festgestellt werden kann. Da mit bisherigen Messinstrumenten und Daten eine Konvergenzanalyse nicht möglich war, wurde ein Index staatlichen Unternehmertums vorgestellt, mit dem die Rolle des Staates international vergleichend erfasst werden kann. Dieser Bestandsindex ermöglicht im Gegensatz zu Indikatoren wie „Privatisierungserlösen“ erstmals eine umfassende Konvergenzanalyse. Auf Grundlage dieses Messinstruments wurde ein neuer Datensatz zusammengestellt, der den unternehmerisch tätigen Staat im Telekommunikations-, Post- und Bahnsektor in 21 OECD Staaten für den Zeitraum 1980 bis 2007 erfasst.

Entgegen bisheriger Vermutungen haben sich die drei Sektoren in den letzten drei Jahrzehnten sehr unterschiedlich entwickelt. Insbesondere die Unterschiede zwischen dem Post- und Telekommunikationssektor sind markant. War der Telekommunikationssektor 1980 noch sehr heterogen gestaltet, ist heute eine klare Tendenz zu einem vollständigen Rückzug des Staates erkennbar. Die meisten nationalen Telekommunikationsunternehmen wurden nahezu vollständig verkauft. Hingegen erbrachten Behörden in den 80er Jahren üblicherweise Postdienstleistungen. Heute sind, unter anderem angestoßen durch den europäischen Integrationsprozess, mannigfaltige Organisationsformen vorzufinden. Interessanterweise wurde in diesem Sektor zumindest zunächst ein Divergenzprozess durch europäische Verregelungen ausgelöst. In keinem der außereuropäischen Staaten wurde ein materieller Privatisierungsprozess eingeleitet. Im Bahnsektor beschränkt sich Privatisierung zumindest in den EU-Staaten auf formelle Privatisierungsmaßnahmen. Lediglich einige außereuropäische Staaten wie Neuseeland und Japan sowie das Vereinigte Königreich haben bereits mit dem materiellen Privatisierungsprozess begonnen. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Trend im Post- und Bahnsektor in Zukunft entwickeln wird.

Die empirischen Befunde werfen zahlreiche weitere Fragestellungen auf. So wäre zu klären, ob es sich bei der Europäischen Union um einen Konvergenzclub handelt, welche Faktoren nicht nur den Konvergenzprozess konditionieren, sondern die Anpassungsgeschwindigkeit beschleunigen oder hemmen oder auf welchem Gleichgewichtszustand sich die Sektoren einpendeln. Darüber hinaus stellt sich insbesondere vor dem Hintergrund der geringen Erklärungskraft ökonomischer und politischer Faktoren die Frage, ob Diffusionsprozesse für den Rückzug des Staates verantwortlich sind.

Anmerkungen

- 1 Dienstleistungen in den netzbasierten Infrastrukturbereichen werden hier den öffentlichen Dienstleistungen zugeordnet, da es sich um wirtschaftliche Tätigkeiten handelt, die von den Staaten mit besonderen Gemeinwohlverpflichtungen versehen wurden (*Ambrosius* 2000; *Krajewski* 2009). Der Begriff der öffentlichen Dienstleistung besitzt im Gegensatz zum Begriff der Daseinsvorsorge den Vorteil, dass er keine verfassungsrechtlichen Implikationen beinhaltet und sich nicht auf eine bestimmte nationale Rechtsordnung bezieht.
- 2 Es ist auch die direkte Umwandlung einer Verwaltungseinheit in ein privatrechtliches Unternehmen denkbar.
- 3 Da es keine theoretische Begründung für die Auswahl von α und β gibt, wurden Sensitivitätsanalysen mit verschiedenen Gewichten durchgeführt. Die Ergebnisse verändern sich durch den Einsatz unterschiedlicher Gewichte nicht. Formelle und materielle Privatisierung werden in diesem Beitrag daher gleich gewichtet, wobei formelle Privatisierung in zwei Subtypen differenziert wurde. Damit ergibt sich für α der Wert 0,75 und für β 0,5.
- 4 Bei den 21 OECD-Ländern handelt es sich um Australien, Österreich, Belgien, Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Irland, Japan, die Niederlande, Norwegen, Neuseeland, Portugal, Spanien, Schweiz, Schweden, Großbritannien und die Vereinigten Staaten.
- 5 Beim Rückzug des Staates wird in diesem Beitrag ausdrücklich auf die Rolle des Staates als Unternehmer Bezug genommen. Gerade in den netzbasierten Infrastrukturbereichen wurde dieser Rückzug oft von der Einrichtung unabhängiger Regulierungsbehörden sowie dem Abbau wettbewerbsbeschränkender Regulierungen begleitet (*Gilardi* 2005; *Levi-Faur* 2005; *Majone* 1997).
- 6 In Tabelle A1 (siehe Anhang) sind sowohl die nationalstaatlichen Ausprägungen als auch die deskriptive Statistiken ausführlich dokumentiert.
- 7 In der Literatur wird häufig auch der Variationskoeffizient zur Überprüfung von Sigma-Konvergenz herangezogen. Da sich die Skala des verwendeten Indexes weder über die Zeit, noch zwischen Ländern und Sektoren unterscheidet, wird der Variationskoeffizient als normiertes Maß der Streuung nicht in diesem Beitrag verwendet.
- 8 Die allgemeine ECM Gleichung lautet $\Delta Y_t = \alpha_0 - \alpha_1(Y_{t-1} - \beta_1 X_{t-1}) + \beta_0 \Delta X_t + \varepsilon_t$. β_0 erfasst dabei den unmittelbaren Kurzeffekt während β_1 den Langzeiteffekt den X auf Y widerspiegelt. Die Realisierung des Langzeiteffekts wird von der Fehlerkorrekturrate α_1 wiedergegeben. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit ECM und der Ableitung der Gleichungen findet sich bei *De Boef* und *Keele* (2008).

Literatur

- Ambrosius, Gerold*, 2000: Service Publics, Leistungen der Daseinsvorsorge oder Universaldienste? Zur historischen Dimension eines zukünftigen Elements europäischer Gesellschaftspolitik, in: *Cox, Helmut* (Hrsg.), Daseinsvorsorge und öffentliche Dienstleistungen in der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos, S. 15-44.
- Armingeon, Klaus/Leimgruber, Philipp/Beyeler, Michelle/Menegale, Sarah*, 2008: Comparative Political Data Set 1960-2006.
- Barro, Robert J.*, 1991: Economic Growth in a Cross Section of Countries, in: *Quarterly Journal of Economics*, 106(2), S. 407-443.
- Barro, Robert J./Sala-i-Martin, Xavier*, 1992: Convergence, in: *The Journal of Political Economy*, 100, S. 223-251.
- Barro, Robert J./Sala-i-Martin, Xavier*, 1995: *Economic Growth*, New York: McGraw-Hill.
- Bartle, Ian*, 2002: When Institutions no Longer Matter: Reform of Telecommunications and Electricity in Germany, France and Britain, in: *Journal of Public Policy*, 22(1), S. 1-27.
- Belke, Ansgar/Baumgärtner, Frank/Schneider, Friedrich/Setzer, Ralph*, 2007: The Different Extent of Privatization Proceeds in OECD-countries: A Preliminary Explanation Using a Public-Choice Approach, in: *Finanzarchiv*, 63(2), S. 211-243.
- Boes, Dieter*, 1986: *Public Enterprise Economics*, Amsterdam: North Holland.

- Boes, Dieter, 1987: Privatisation of Public Enterprises, in: *European Economic Review*, 31(1), S. 352-360.
- Boix, Carles, 1997: Privatizing the Public Business Sector in the Eighties: Economic Performance, Partisan Responses and Divided Governments, in: *British Journal of Political Science*, 27, 473-496.
- Bortolotti, Bernardo/Fantini, Marcella/Siniscalco, Domenico, 2003: Privatisation around the World: Evidence from Panel Data, in: *Journal of Public Economics*, 88, S. 305-332.
- Bortolotti, Bernardo/Siniscalco, Domenico, 2004: *The Challenges of Privatization. An International Analysis*, Oxford: Oxford University Press.
- Bortolotti, Bernardo/Siniscalco, Domenico/Fantini, Marcella/ Megginson, William. L., 2002: Privatization and the Sources of Performance Improvement in the Global Telecommunication Industry, in: *Telecommunications Policy* 26, S. 243-268.
- Boubakri, Narjess/Cosset, Jean-Claude, 1998: The Financial and Operating Performance of Newly Privatized Firms: Evidence from Developing Countries, in: *The Journal of Finance*, LIII(3), S. 1081-1110.
- Clifton, Judith/Comin, Francisco/Diaz Fuentes, Daniel, 2006: Privatizing Public Enterprises in the European Union 1960-2002: Ideological, Pragmatic, Inevitable, in: *Journal of European Public Policy*, 13, S. 736-756.
- D'Souza, Juliet/Megginson, William L./Nash, Robert, 2005: Effect of institutional and form specific characteristics on post-privatization performance, in: *Journal of Corporate Finance*, 11, S. 747-766.
- De Boef, Suzanna/Keele, Luke, 2008: Taking Time Seriously, in: *American Journal of Political Science*, 52(1), S. 184-200.
- Drezner, Daniel W., 2001: Globalization and Policy Convergence, in: *International Studies Review*, 3(1), S. 53-78.
- Ebinger, Falk/Schmitt, Carina, 2010: Alles eine Frage des Managements? Wie Autonomierechte die Handlungsfreiheit des politischen Führungspersonals beeinflussen, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 51(1), S. 69-93.
- Gilardi, Fabrizio, 2005: The Institutional Foundation of Regulatory Capitalism: The Diffusion of Independent Regulatory Agencies in Europe, in: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 598, S. 84-101.
- Heichel, Stephan/Pape, Jessica/Sommerer, Thomas, 2005: Is There Convergence in Convergence Research? An Overview of Empirical Studies on Policy Convergence, in: *Journal of European Public Policy*, 12(5), S. 817-840.
- Heston, Alan/Summers, Robert/Aten, Bettina, 2009: *Penn World Table Version 6.3*. Center for International Comparisons of Production, Income and Prices at the University of Pennsylvania.
- Holzinger, Katharina, 2006: Methodological Pitfalls of Convergence Analysis, in: *European Union Politics*, 7, S. 271-287.
- Holzinger, Katharina/Knill, Christoph, 2005: Causes and conditions of cross-national policy convergence, in: *Journal of European Public Policy*, 12(5), S. 775-796.
- Holzinger, Katharina/Knill, Christoph, 2007: Ursachen und Bedingungen internationaler Politikkonvergenz, in: *Holzinger/Katharina/Jörgens, Helge/Knill, Christoph* (Hrsg.), *Transfer, Diffusion und Konvergenz von Politiken*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 85-106.
- Höpner, Martin/Petring, Alexander/Seikel, Daniel/Werner, Benjamin, 2009: *Liberalisierungspolitik. Eine Bestandsaufnahme von zweieinhalb Dekaden marktschaffender Politik in entwickelten Industrieländern*, Köln: MPIfG.
- Immergut, Ellen M., 1992: *Health Politics: Interests and Institutions in Western Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Krajewski, Markus, 2009: *Grundstrukturen des Rechts öffentlicher Dienstleistungen*. Unveröffentlichtes Manuskript, Potsdam.
- Levi-Faur, David, 2005: The Global Diffusion of Regulatory Capitalism, in: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 598, S. 12-32.
- Majone, Giandomenico, 1997: From the Positive to the Regulatory State: Causes and Consequences of Changes in the Mode of Governance, in: *Journal of Public Policy*, 17(2), S. 139-167.

- Mühlenkamp, Holger*, 2001: Trägerschaft und Effizienz öffentlicher Unternehmen – Eine Untersuchung der Auswirkungen formeller Privatisierungsmaßnahmen am Beispiel öffentlicher Theater mit Hilfe von Panel-Daten, in: *Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen*, 24, S. 152-169.
- Obinger, Herbert/Traub, Stefan/Etling, Andreas/Mause, Karsten/Schmitt, Carina/Schreeb, Katharina/Schuster, Philipp*, 2010: Der Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten. Eine Zwischenbilanz, in: *der moderne staat*, 3(1), S. 3-26.
- OECD*, 2008: *Economic Outlook* No. 84, Paris: OECD.
- PIQUE*, 2009: *Privatisation of Public Services and the Impact on Quality, Employment and Productivity*. Summary report, Vienna: PIQUE.
- Plümper, Thomas/Schneider, Christina*, 2009: The analysis of policy convergence, or: how to chase a black cat in the dark room, in: *Journal of European Public Policy*, 16(7), S. 990-1011.
- Scharpf, Fritz W.*, 1999: *Regieren in Europa: effektiv und demokratisch?* Frankfurt: Campus.
- Schmidt, Susanne K.*, 1998: *Liberalisierung in Europa. Die Rolle der Europäischen Kommission*, Frankfurt: Campus.
- Schmitt, Carina/Schuster, Philipp*, 2010: The Retreat of the State from Telecommunication Services in European Countries, in: *TransState Working Paper*, 117.
- Schneider, Volker/Fink, Simon/Tenbücken, Marc*, 2005: Buying Out the State? A Comparative Perspective on Privatization in Infrastructures, in: *Comparative Political Studies*, 38(6), S. 704-727.
- Schneider, Volker/Häge, Frank M.*, 2008: Europeanization and the Retreat of the State, in: *Journal of Public Policy*, 15(1), S. 1-19.
- Schwanke, Katja/Ebinger, Falk*, 2006: Politisierung und Rollenverständnis der deutschen Administrativen Elite 1970 bis 2005. Wandel trotz Kontinuität, in: *Bogumil, Jörg/Jann, Werner/Nullmeier, Frank* (Hrsg.), *Politische Vierteljahresschrift: Sonderheft 37*, S. 227-249.
- Topsch, Katrin*, 2002: *Die Privatisierung staatlicher Unternehmen in Großbritannien*, Köln: Heymanns.
- Traub, Stefan/Obinger, Herbert/Schmitt, Carina/Schuster, Philipp*, 2009: *The REST Database: A Technical Manual*, Unveröffentlichtes Manuskript, Bremen.
- United Nations Statistics Division (UN)*, 2009: *National Accounts Statistics Database*, New York: United Nations.
- Wooldridge, Jeffrey M.*, 2002: *Econometric Analysis of Cross Section and Panel Data*, Cambridge: MIT Press.
- Zohlnhöfer, Reimut/Obinger, Herbert*, 2006: Selling Off the "Family Silver": The Politics of Privatization, in: *World Political Science Review*, 2(1), S. 29-52.
- Zohlnhöfer, Reimut/Obinger, Herbert/Wolf, Frieder*, 2008: Partisan Politics, Globalization, and the Determinants of Privatization Proceeds in Advanced Democracies (1990-2000), in: *Governance*, 21(1), S. 95-121.

Appendix

Tabelle A1: Staatliches Unternehmertum von 1980 bis 2007

	1980			1990			2000			2007			1980-2007		
	T	P	B	T	P	B	T	P	B	T	P	B	T	P	B
Australien	1	1	0,5	0,75	0,75	0,5	0,25	0,75	0,5	0	0,75	0,5	1	0,25	0
Belgien	1	0,75	1	1	0,75	1	0,26	0,5	0,75	0,26	0,26	0,5	0,75	0,5	0,5
Dänemark	1	1	1	0,5	1	1	0	0,75	0,75	0	0,38	0,75	1	0,63	0,25
Deutschland	1	1	1	0,75	0,75	1	0,22	0,36	0,5	0,08	0,15	0,5	0,93	0,85	0,5
Finnland	1	1	1	1	1	0,75	0,32	0,75	0,5	0,07	0,5	0,5	0,93	0,5	0,5
Frankreich	1	1	0,5	0,75	1	0,75	0,28	0,75	0,75	0,14	0,75	0,75	0,86	0,25	0,25
Griechenland	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,26	0,5	0,5	0,13	0,5	0,5	0,37	0	0
Großbritannien	0,75	0,75	0,75	0,24	0,75	0,75	0	0,75	0	0	0,5	0	0,75	0,25	0,75
Irland	1	1	0,5	0,5	0,75	0,75	0	0,75	0,75	0	0,75	0,75	1	0,25	0,25
Italien	0,5	1	1	0,5	1	0,5	0,01	0,5	0,5	0	0,33	0,5	0,5	0,68	0,5
Japan	0,75	1	0,75	0,33	1	0,5	0,26	1	0,35	0,17	0,5	0,29	0,58	0,5	0,47
Kanada	0,62	1	0,63	0,18	0,75	0,63	0	0,75	0,38	0	0,75	0,4	0,62	0,25	0,25
Neuseeland	1	1	1	0	0,5	0,5	0	0,5	0	0	0,5	0	1	0,5	1
Niederlande	0,75	0,75	0,75	0,5	0,5	0,75	0,2	0,23	0,5	0	0	0,5	0,75	0,75	0,25
Norwegen	1	1	1	0,75	1	1	0,39	0,75	0,75	0,27	0,75	0,5	0,73	0,25	0,5
Österreich	1	1	1	1	1	1	0,24	1	0,75	0,13	0,26	0,5	0,87	0,75	0,5
Portugal	0,75	0,75	0,75	0,5	0,75	0,75	0	0,5	0,75	0	0,5	0,75	0,75	0,25	0
Schweden	0,75	1	0,75	0,75	1	0,5	0,35	0,5	0,5	0,19	0,5	0,5	0,56	0,5	0,25
Schweiz	1	1	1	1	1	1	0,33	0,75	0,5	0,26	0,75	0,5	0,74	0,25	0,5
USA	0	1	0,5	0	1	0,5	0	1	0,5	0	1	0,5	0	0	0
Mittel	0,79	0,93	0,79	0,56	0,85	0,75	0,16	0,67	0,53	0,08	0,52	0,50			
Minimum	0	0,5	0,5	0	0,5	0,5	0	0,23	0	0	0	0			
Maximum	1	1	1	1	1	1	0,39	1	0,75	0,27	1	0,75			
Standardabweichung	0,29	0,14	0,21	0,32	0,19	0,20	0,15	0,21	0,23	0,10	0,24	0,21			

Anmerkungen: T = Telekommunikation, P = Post, B = Bahn

Tabelle A2: Operationalisierung und Quelle der verwendeten Variablen

Variable	Beschreibung	Quelle
STAAT	Index öffentlichen Unternehmertums	Eigene Quelle
LINKS	Cabinet seats of leftist parties as a percentage of total cabinet posts (weighted by days)	Armington u.a., 2008
HANDEL	Summe der Exporte und Importe in Prozent des BIP	Heston u.a. 2009
DEFIZIT	Jährliches Defizit in Prozent des BIP	Armington u.a. 2008
BIP pro Kopf	Reales BIP pro Kopf	UN 2009
WACHSTUM	Wachstumsrate des realen BIP	OECD 2008
EU	EU Mitgliedschaft in Jahr, (1=Ja; 0=Nein)	Eigene Quelle
INSTITUTION	Additivindex zusammengesetzt aus fünf Indikatoren: (1) Föderalismus (0=nein, 1=schwach, 2=stark) (2) Parlamentarismus =0, Präsidialismus u.a. =1 (3) Verhältniswahlrecht =1, Mehrheitswahlrecht =2 (4) Bikameralismus (1=schwach, 2=stark), (5) häufige Referenda (1=ja, 2=nein).	Armington u.a. 2008

Anschrift der Autorin:

Carina Schmitt, Universität Bremen, Sonderforschungsbereich 597 „Staatlichkeit im Wandel“, Linzerstr. 9A, 28359 Bremen

E-Mail: carina.schmitt@sfb597.uni-bremen.de

